

INTERVIEW

Sind die Schweiz und die EU mit ihrer Beziehung am Ende?

Von [Thomas Ludwig](#)

Osnabrück. Die Schweiz hat ein von langer Hand geplantes Rahmenabkommen mit der EU platzen lassen. Was sollte Brüssel daraus lernen? Wir haben bei Gerhard Schwarz, Chef der Schweizer Denkfabrik Progress Foundation, nachgefragt.

Herr Schwarz, vor fünf Jahren haben die Briten für den Brexit gestimmt. Nun haben die Schweizer ein Rahmenabkommen mit der EU platzen lassen, dass 120 Abkommen zusammenführen und modernisieren sollte, um die Beziehungen zukunftsfest zu machen. Vergrault die EU ihre Freunde?

Das man mit der Schweiz eine ähnliche Erfahrung macht wie mit den Briten müsste bei der EU zu einer kritischen Selbstbefragung führen. Die EU kann sich enorm stur stellen. Nun hat sich die Schweiz endlich zu einer klaren Haltung durchgerungen. Dass wir unanständig lange sieben Jahre verhandelt haben, hat damit zu tun, dass das Land in der Frage, wie nah man der EU sein will, gespalten ist. Es war mal nahe bei 50/50, heute dürften sich sicher mindestens 60 Prozent gegen eine zu enge Bindung aussprechen.

Ist das Scheitern des Abkommens ein Zeichen der Entfremdung?

Das Verhältnis der Schweiz zur EU ist seit Jahrzehnten ein extrem schwieriges. Das hat mit dem völlig anderen Staatsverständnis zu tun. Das Volk entscheidet nicht nur alle vier oder fünf Jahre über die Leute, die man ins Parlament wählt, sondern das Volk entscheidet bei allen Dingen irgendwo mit oder kann mitentscheiden. Da sind die Nachbarländer weit davon entfernt, und durch die zusätzliche Ebene der EU wird die Entfernung gewissermaßen noch größer.

Dass es in der Schweiz jetzt mehr Animositäten gegenüber EU-Bürgern gibt, erwarte ich nicht, es wäre auch geradezu absurd. Ich befürchte aber, dass es Nadelstiche von Seiten der EU geben wird.

Manche Arbeitnehmer aus dem EU-Ausland haben aber durchaus das Gefühl, in der Schweiz nicht mehr so gern gesehen zu sein. Muss das Land nach dem Scheitern des Rahmenabkommens nicht die Abwanderung von Arbeitskräften fürchten?

Es kommen immer noch jährlich einige zehntausend mehr Menschen ins Land, als ab- bzw. zurückwandern. Dass sich das umkehrt, würde mich sehr überraschen. Am Schluss ist doch die wirtschaftliche Situation entscheidend, so lange wir attraktive und gut bezahlte Arbeitsplätze anbieten, kommen die Leute.

Verliert das Friedens- und Wirtschaftsprojekt EU grundsätzlich an Anziehungskraft?

Für die Kriegs- und erste Nachkriegsgeneration war das ein emotional unglaublich starkes Projekt. Für die jüngeren Generationen gilt das nicht im gleichen Masse. Zugleich werden die Krisen und Spannungen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich - Griechenland-Krise, Euro-Krise und jetzt Corona - ja nicht weniger.

Auch ist die EU durch die Erweiterung immer heterogener geworden, also sind interne Reibereien fast natürlich. Man denke an Polen, Ungarn usw. Ich halte die EU tatsächlich für weniger attraktiv als früher, aber immer noch für attraktiv und für wichtig.

Auch für die Schweiz?

Die Schweiz ist eines der globalisiertesten Länder der Welt, obwohl sie keinen Zugang zu den Weltmeeren hat. Daran sollte sie festhalten, und das sollte sie weiterentwickeln. Die EU ist Teil der Welt. Leider ist die EU nach innen, also im Binnenmarkt, marktwirtschaftlich, nach außen aber sehr protektionistisch, gar nicht liberal, sondern abschottend. Wenn die EU ihre Hürden ein bisschen tiefer legen würde, würde das nicht schaden, weder der EU, noch ihren Partnern.

Sie haben die schweizerische und die österreichische Staatsbürgerschaft, sind also auch EU-Bürger - welches grundlegende Problem der EU sehen Sie aus dieser Position?

Die EU kämpft mit einem Paradox. Einerseits will sie den Nationalstaat überwinden, auf der anderen Seite aber entwickelt sie sich immer mehr zu einem Nationalstaat auf höherer Ebene. Da ist zum einen die Währungsunion, wenn auch nicht für alle Mitglieder, und zum anderen geht es zunehmend in Richtung Fiskalunion.

Am Schluss haben wir Vereinigte Staaten von Europa, und das ist dann eben auch ein Nationalstaat, nur ein größerer Nationalstaat. Ich glaube, dass die nachhaltigere Konstruktion nicht ein Bundesstaat, sondern ein Staatenbund wäre.

ZUR PERSON

Liberal-Konservativer Denker

Gerhard Schwarz (1951), Dr. oec., studierte Ökonomie in St. Gallen, Great Barrington (Mass.) und Cambridge (Mass.). 1994 bis 2010 war er Leiter der Wirtschaftsredaktion der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), 2008 bis 2010 deren stellvertretender Chefredakteur. Bis 2016 war Schwarz Direktor der Denkwerkstatt Avenir Suisse, seither ist er als Publizist und Präsident der Denkfabrik Progress Foundation tätig. Der Inhaber der österreichischen wie auch schweizerischen Staatsbürgerschaft hat zahlreiche Bücher verfasst, soeben ist sein Buch "Zukunft Schweiz - von der positiven Kraft der Eigenart" bei NZZ Libro erschienen. (thl)

Die EU braucht also weniger zentralistische Kompetenzen?

Genau, das würde ich sagen.

Eine europäische Kopie der Schweiz sozusagen?

Man kann die Schweiz nicht so ohne Weiteres kopieren, in dem Modell stecken schließlich ein paar hundert Jahre Geschichte. Aber natürlich hat die Schweiz letztlich nur deswegen so lange überleben können, weil sie ihren winzigen Teilstaaten, den 23 Kantonen, viel Freiheit, viele Kompetenzen belassen hat und bis heute belässt.

Nehmen Sie das Beispiel Normierung: Wann immer ein Produkt in einem Land der EU zugelassen ist, sollte es automatisch auch in allen anderen

Ländern zugelassen sein. Es braucht, etwa im Pharmabereich, keine europäische Zulassungsstelle. Wenn ein Medikament in einem EU-Land, etwa in Frankreich oder in Deutschland, zugelassen wird, sollte das für die ganze EU genügen. So viel Vertrauen muss man untereinander haben.

Benötigt die EU mehr direkte Demokratie, also mehr Einfluss der Bürger?

Mehr plebiszitäre Elemente auf den unteren und mittleren Ebenen und mehr fiskalische Kompetenz für die untere und die mittlere Ebene wären für die Vielfalt der Menschen, der Kulturen, der Religionen und der Regionen wahrscheinlich ein zweckdienlicher, ein sachgerechter Ansatz.

Aber das macht die Entscheidungsfindung doch noch schwieriger. Am Ende könnte die EU handlungsunfähig sein...

Da haben Sie natürlich recht! Das ist ein Dilemma. Deshalb sollte man sich auf ganz wenige zentrale Fragen konzentrieren, die man wirklich gemeinsam entscheidet. Beispielsweise ist Fischerei kein Thema der EU, sondern der Länder mit Meeranschluss.

Vor allem viele junge Schweizer wünschen sich den Beitritt ihres Landes zu EU. Wird es dazu doch noch irgendwann kommen?

Ich kann mir nicht vorstellen, dass in den nächsten 20, 25 Jahren ein Beitritt der Schweiz zur EU stattfindet. Wir müssten unser politisches System ja sehr grundsätzlich anpassen und zum Teil aufgeben. Das hielte ich für einen Fehler, weil sich dieses politische System bewährt hat, weil es ein Teil der Identität der Schweiz ist und zwar ein äußerst wichtiger. Die EU sollte froh sein, dass die Schweiz nicht Mitglied ist. Wir wären ein sehr schwieriges Mitglied.

ZUR SACHE

Aus nach sieben Verhandlungsjahren

Die Schweiz und die Europäische Union haben seit 2014 über ein institutionelles Rahmenabkommen verhandelt. Es hätte das fragmentierte System von 20 Haupt- und etwa 100 weiteren Abkommen ersetzen sollen, das derzeit die Beziehungen zwischen der EU und dem Alpenland regelt, und so den Grundstein gelegt für eine Modernisierung der Partnerschaft in der Zukunft.

Gewerkschaften, Staatsrechtler und die nationalkonservative Partei SVP wollten zuletzt einige Punkte jedoch nicht akzeptieren. Dabei ging es unter anderem um Regeln über Staatshilfen, Maßnahmen zum Schutz der hohen Schweizer Löhne und um den Zugang von EU-Bürgern zu Schweizer Sozialkassen. Ende Mai ließ die Schweiz die Gespräche deshalb platzen. An diesem Donnerstag debattiert das Europaparlament die jüngste Entwicklung und ihre Bedeutung für die Zukunft der schweizer-europäischen Beziehungen.

Die Schweiz ist über die mehr als hundert bilateralen Verträge in viele europäische Projekte eingebunden. Sie hat Zugang zum EU-Binnenmarkt und gewährt im Gegenzug die Personenfreizügigkeit. Nach EU-Angaben leben rund 1,4 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger in der Schweiz - darunter 300 000 Deutsche. Rund 340 000 EU-Bürger pendeln demnach jeden Tag in die Schweiz. 400 000 Schweizer leben in der EU.

Der Handel des kleinen Alpenlandes mit der EU macht 60 Prozent des Schweizer Bruttoinlandsprodukts aus, gefolgt von den USA mit knapp zwölf Prozent.

Umgekehrt ist die Schweiz für die EU der viertgrößte Handelspartner nach den USA, China und Großbritannien.

Die bereits existierenden bilateralen Verträge zwischen der EU und der Schweiz bleiben nach dem Scheitern der Rahmenvereinbarung bestehen. Aber Brüssel hat die Schweiz vor den mittelfristigen Folgen gewarnt: Es werde wohl keine weiteren Abkommen geben, und die Aktualisierung älterer Abkommen sei fraglich. So könnte ein gedeihliches Miteinander in den nächsten Jahren durchaus Schaden nehmen - es sei denn, ein neuer politischer Dialog führt beide Seiten aus der Sackgasse. (thl)

Schwieriger, als es die Briten gewesen sind?

Ja, eindeutig!

Haben die Briten gut daran getan, dass sie ausgestiegen sind?

Zumindest sind die ganzen Schreckensprognosen, dass es Großbritannien wirtschaftlich ganz schlecht gehen würde, wenn es austreten würde, bisher nicht eingetroffen. Die Briten haben es dann gut gemacht, wenn sie jetzt mit ihrer Autonomie auch wirklich etwas anfangen, wenn sie also wirtschaftspolitische Reformen auf den Weg bringen, die sie innerhalb der EU nicht hätten machen können. Das muss die Zukunft zeigen.

Ich persönlich hätte gerne innerhalb der EU ein großes Land gehabt, das etwas freihändlerischer und liberaler unterwegs ist. Ohne die Briten ist dieser Teil in der EU natürlich markant geschwächt.

Könnte der Brexit Nachahmer finden?

Ich würde es nicht ausschließen, wobei es schon einen unglaublichen

Kraftakt darstellt. Bei den Ländern in Osteuropa, kann ich mir das nicht vorstellen, sie profitieren wirtschaftlich zu sehr von der EU. Aber es ist schon vorstellbar, dass es in einem Land zu einer politischen Konstellation kommt, die einen Austritt begünstigt. Um weiteren Austritten vorzubeugen, sollte die EU flexibler werden, das betrifft nicht zuletzt die Zuwanderung.

Die EU scheint eher dazu zu neigen, das Gebilde durch große Intoleranz gegenüber Sonderwünschen zusammenzuhalten. Wenn man stur bleibt, könnte es da oder dort plötzlich doch zu einer Art Volksbewegung kommen. Ich glaube, wenn die EU in Sachen Zuwanderung flexibler gewesen wäre, wäre Großbritannien immer noch in der EU.

Ende